



über die 6. Sitzung
des Jugendhilfeausschusses
am Donnerstag, dem 5. Dezember 2002
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 16:30 Uhr
Ende: 17:40 Uhr

Anwesend

Ratsmitglieder SPD

Frau Dyduch
Frau Hartig
Frau Lungenhausen
Herr Rickwärtz-Naujokat

Ratsmitglieder CDU

Herr Plümpe
Frau Scharrenbach
Herr Weigel

Ratsmitglieder Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Brinkmann

Sachkundige Bürger/Bürgerinnen

Frau Hartmann
Frau Hinterseer
Herr Kaczmarek
Herr Maidorn
Herr Theis
Herr Töpfer

Beratendes Mitglied FDP

Herr Büchel

Beratendes Mitglied BG

Herr Milewski

Beratende Mitglieder

Frau Diester
Herr Kampmann
Herr Ritter

Verwaltung

Herr Brüggemann
Herr Dunker
Herr Güldenhaupt

Frau Harmsma
Herr Peske

entschuldigt fehlten

Frau Bartosch
Herr Brumberg
Frau Bucek
Herr Hinterseer
Frau Jacobsmeier
Herr Kalle
Herr Krampe
Frau Dr. Krumme
Frau Lübke
Herr Suk
Herr Treese

Frau **Dyduch** eröffnete die Sitzung und begrüßte die Ausschussmitglieder. Sodann stellte sie den ordnungsgemäßen Zugang der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Änderungen zur Tagesordnung ergaben sich nicht, so dass nach der nachfolgenden Tagesordnung verfahren wurde:

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1.	Haushalt des Jugendamtes für das Jahr 2003	
2.	Gewährung von Beihilfen an Jugendgruppen	250/2002
3.	Bielefelder Screening hier: Antrag der CDU-Fraktion	
4.	Kindergarten in Werve hier: Antrag der BG-Fraktion	
5.	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1.	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2.	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Haushalt des Jugendamtes für das Jahr 2003

Frau **Dyduch** wies darauf hin, dass die Haushaltsstellen, die durch das Haushaltssicherungskonzept betroffen sind, nach der Behandlung des Verwaltungs- und Vermögenshaushaltes noch einmal näher erläutert werden.

Herr **Theis** erkundigte sich, ob die erheblichen Kürzungen bei manchen Haushaltsstellen im Rahmen der Gesamtkürzung zu sehen seien.

Herr **Brüggemann** erklärte, dass einige Haushaltsansätze um 20 % im Rahmen der Gesamtkürzung reduziert worden seien. Die Verwaltung hätte dies diskutiert und hielte die Ansätze für auskömmlich. Überdies sei die 20 % Kürzung im Wesentlichen auch bereits für das laufende Haushaltsjahr nach Erörterung in der Sitzung des Rates am 04.07.2002 organisiert worden.

Herr **Maidorn** wies darauf hin, dass die Vereine und Verbände ihre Anträge auf Zuschüsse zu den Freizeiten nun bis zum 15.01. gestellt haben müssen. Nun erkundigte er sich, ob es für die dann eventuell nicht verbrauchten Haushaltsmittel eine Nachbewilligung gäbe.

Herr **Brüggemann** entgegnete, dass man aufgrund des geänderten Antragverfahrens erst einmal die konkrete Entwicklung abwarten müsse.

Herr **Maidorn** regte an, dass die Mittel bei einer besseren Haushaltslage wieder anzuheben seien.

Herr **Brüggemann** sagte, dass diese Möglichkeit nicht auszuschließen sei, jedoch erst mittel- bis langfristig zu erwarten und nur dann, wenn die Haushaltslage deutlich verbessert werden könne, zu diskutieren sei.

Herr **Kampmann** erkundigte sich, inwieweit sich die Kosten für außerhäusliche Unterbringung durch die Ergebnisse des ISA-Gutachtens verringern werden.

Herr **Brüggemann** antwortete, dass die Haushaltsansätze fallscharf ermittelt worden seien. Eine Umsetzung der Ergebnisse des ISA-Gutachtens solle im nächsten Jahr erfolgen. Hier solle die Zusammenarbeit mit den freien Trägern angestrebt werden. Die Verwaltung habe zugesagt, im Ausschuss über die Umsetzung der ISA-Szenarien vor der Sommerpause vorzutragen.

Abstimmung Verwaltungshaushalt: einstimmig

Herr **Güldenhaupt** erklärte, dass der Ansatz für die Ersatzbeschaffungen für die Spiel- und Bolzplätze im Rahmen des Handlungsrahmens, der gemeinsam vereinbart worden wäre, herabgesetzt wurde.

Abstimmung Vermögenshaushalt: einstimmig

Abstimmung Gesamthaushalt: einstimmig

Herr **Brüggemann** erläuterte, dass drei Bereiche des Fachbereiches Jugend durch das Haushaltssicherungskonzept betroffen seien. Diese wären die ADU, die Adoptionsvermittlungsstelle und die freiwilligen Zuschüsse an die Kindertageseinrichtungen. Nach der Sitzung des Rates würden dann vorsorgliche Kündigungsschreiben verschickt werden, die aber ausdrücklich auf eine weitere Gesprächsbereitschaft hinweisen würden. Bei der ADU z. B. sollen im Jahr 2004 10.000 € eingespart werden.

Frau **Dyduch** ergänzte, dass die ADU Probleme hätte den Haushalt für 2003 auszugleichen und es diskutiert werde, die Mitgliedsbeiträge für 2003 um 3 % anzuheben. Darüber werde aber erst im Frühjahr beschlossen werden.

Herr **Brüggemann** sagte, dass sich die Einsparungen auf das Jahr 2004 beziehen und somit eine eventuelle Erhöhung der Mitgliedsbeiträge 2003 zu entscheiden sei. Es handele sich eher um einen, gemessen an dem Gesamtvolumen, bescheidenen Betrag, den er, sollte sich Widerspruch aus der Runde des Jugendhilfeausschusses nicht ergeben, in die Entscheidung der Verwaltung zu stellen bat.

Widerspruch gegen diesen Vorschlag ergab sich nicht.

Des Weiteren führte Herr Brüggemann aus, dass bei der Adoptionsvermittlungsstelle 2004 5.000 € eingespart werden sollen. Es sei dabei zu berücksichtigen, dass es sich hierbei um eine Pflichtausgabe des Jugendamtes handele, jedoch bestehe z. B. die Möglichkeit Adoptionsvermittlungsstellen kreiseinheitlich zu steuern und somit Kosten durch die Bündelung von Personal- und Overheadkosten zu reduzieren. Des Weiteren sollen 2004 die Zuschüsse zu den Betriebskosten der Kindertageseinrichtungen angemessen zurückgefahren werden. Die konfessionellen Träger erhielten derzeit eine Pauschale von rund 1.000 € pro Gruppe. Diese sollen 2004 entfallen. Im gleichen Maße sollen dann auch Zuschüsse bei den armen Trägern und der Elterninitiative reduziert werden. Ein Grund für die Reduzierung der Kosten sei, dass die Trägerbelastungen in den letzten Jahren gesunken, die Anteile der Stadt aber dafür gestiegen seien. Des Weiteren habe ein kreisweiter Vergleich ergeben, dass von den meisten Kommunen im Umkreis keine oder deutlich weniger Zuschüsse gezahlt werden.

Zu TOP 2.

250/2002

Gewährung von Beihilfen an Jugendgruppen

Beschluss:

Der antragstellenden Kinder- und Jugendgruppe wird folgende Beihilfe gem. kommunalem Kinder- und Jugendförderungsplan der Stadt Kamen gewährt:

Dem Blasorchester St. Marien Kaiserau aufgrund des Antrages vom 17.04.2002 für die Anschaffung von 3 Klarinetten und div. Percussion	1.077,50 €
--	------------

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 3.

Bielefelder Screening
hier: Antrag der CDU-Fraktion

Frau **Scharrenbach** erläuterte, dass es sich bei dem Bielefelder-Screening-Verfahren um eine Früherkennung von Legasthenie und Dyskalkulie handele. Dies solle, aufgrund der Wichtigkeit dieses Themas, durch den Beschluss des Jugendhilfeausschusses weiter begleitet werden.

Herr **Güldenhaupt** teilte mit, dass das Verfahren, wie auch schon in der Sitzung im September mitgeteilt wurde, bereits in etlichen Einrichtungen durchgeführt werde. So würden alle Evangelischen und AWO Einrichtungen die Kinder durch das Bielefelder-Screening-Verfahren auf Legasthenie und Dyskalkulie testen. Des Weiteren sei das Bielefelder-Screening-Verfahren als Tagesordnungspunkt auf der Träger- wie aber auch auf der Leiterinnenkonferenz vorgesehen. Darüber hinaus sei immer noch geplant, Frau Krause als Referentin für den Jugendhilfeausschuss einzuladen.

Frau **Lungenhausen** wies darauf hin, dass es sich bereits um ein laufendes Geschäft der Verwaltung handele.

Herr **Ritter** erläutere, dass bei der Evangelischen Kirchengemeinde Multiplikatoren für das Bielefelder-Screening-Verfahren ausgebildet werden. Durch das Verfahren sollen Defizite konkret angegangen werden. Bisher hätte es überwiegend positive Rückmeldungen von den Eltern und auch von der Schule gegeben. Man sollte jedoch berücksichtigen, dass man durch den Antrag das Verfahren auch finanziell begleiten sollte, da die Ausbildungen und die Unterlagen sehr kostenintensiv seien.

Frau **Scharrenbach** sagte, dass die Stützung durch den Fachausschuss notwendig sei, da 20 % der Einrichtungen dem Verfahren noch nicht angeschlossen seien.

Herr **Brüggemann** entgegnete, dass eine finanzielle Unterstützung seitens der Stadt nicht möglich sei. Vielmehr denke er, dass derartige Angebote zur Philosophie einer Einrichtung gehören müssen.

Frau **Dyduch** erklärte, dass sie irritiert sei, dass aus einer Mitteilung der Verwaltung ein Antrag formuliert worden sei.

Herr **Kaczmarek** erkundigte sich, ob ein Vortrag über das Bielefelder-Screening-Verfahren noch im Jugendhilfeausschuss vorgesehen sei.

Herr **Brüggemann** entgegnete, dass ein Vortrag für eine der nächsten Sitzungen vorgesehen sei.

Herr **Kampmann** fügte hinzu, dass er als Vertreter einer Schule für Lernbehinderte Interesse an diesem Verfahren hätte. Er würde seine fachliche Unterstützung anbieten und wünschte sich eine engere Zusammenarbeit mit den Kindertageseinrichtungen.

Herr **Brüggemann** erklärte, dass ein Kurzreferat von Herrn Kampmann für die nächste Trägerkonferenz vorzusehen sei.

Frau **Dyduch** moderierte den Antrag der CDU insoweit, als sie wegen einer ohnehin durch die Verwaltung beabsichtigten und angekündigten Bearbeitung bat, künftig nachgehende Antragstellungen zu unterlassen, gleichwohl aber den Antrag nach den Regeln der Geschäftsordnung zur Abstimmung stellen würde.

Abstimmungsergebnis: Der Antrag, das Bielefelder-Screening-Verfahren in der Trägerkonferenz zu diskutieren und sich auf eine gemeinsame Linie zu verständigen, wird einstimmig angenommen.

Zu TOP 4.

Kindergarten in Werve
hier: Antrag der BG-Fraktion

Herr **Brüggemann** erklärte, dass die Kindergartenlandschaft in Kamen durch die freien Träger gut organisiert sei. In Werve würden momentan nur 40 Kinder im kindergartenfähigen Alter sein. Nach den Erfahrungen der Verwaltung würden indessen nicht 100 % aller kindergartenfähigen Kinder in allen Altersklassen einen Kindergarten besuchen. Unter Berücksichtigung der demographischen Entwicklung nähme die Zahl der Kinder weiter ab. Wenn man nun noch die Neubaugebiete berücksichtigen würde, die aber erst mittelfristig realisiert werden, würden hier auch nur 5 Kinder im Alter zwischen 3-6 Jahren zu erwarten sein. Da eine Kindertageseinrichtung mit nur einer Gruppe unwirtschaftlich wäre und darüber hinaus auch keine weiteren Kindergartenplätze mehr durch das Land gefördert werden, rate die Verwaltung, den Antrag abzulehnen.

Abstimmungsergebnis: Der Antrag, unter Beteiligung der verschiedenen Träger zu prüfen, inwiefern die Möglichkeit besteht, in Werve wieder einen Kindergarten einzurichten, wird einstimmig abgelehnt.

Zu TOP 5.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen

- 5.1 Herr **Brüggemann** teilte mit, dass eine Anlaufstelle für junge Arbeitslose eingerichtet werden soll. In der Anlaufstelle sollen ein Mitarbeiter der Kamener Verwaltung, ein Mitarbeiter der Arbeitsvermittlung und ein Mitarbeiter „Jugend in Arbeit“ tätig sein. Mit der Anlaufstelle soll eine schnelle Vermittlung der arbeitslosen Jugendlichen in den Arbeitsmarkt erreicht werden. Da keine Räumlichkeiten zur Verfügung stehen, sollen Räume angemietet werden. Die Kosten sollen dann gedrittelt werden. Durch die schnelleren Vermittlungen sollen Kosten im Rahmen der Sozialhilfe eingespart werden.
- 5.2 Herr **Brüggemann** wies darauf hin, dass dem Rat eine Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe für die Spielplatzmaßnahmen 2002/2003 vorläge. Hier sei vor kurzem der Bewilligungsbescheid eingetroffen. Die Gesamtkosten der Maßnahme würden

sich auf rund 184.000 € belaufen, die im Rahmen einer Festbetragsfinanzierung nach der aktuellen Berechnung komplett aus Landesmitteln erstattet würde.

- 5.3 Herr **Brüggemann** erklärte, dass die Möglichkeit geprüft wird, im Bereich der offenen Jugendarbeit einen Förderverein zu gründen. Ein Konzept mit den Realisierungsmöglichkeiten soll aber erst im Frühjahr vorgestellt werden.
- 5.4 Herr **Brüggemann** teilte mit, dass eine Anfrage von der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN vorläge. Darin sei angefragt, warum dieses Jahr das Klientel des Jugendamtes nicht in die Freizeiten anderer Träger vermittelt wurden, da Mittel von der Sparkasse zur Verfügung standen, wie die Zusammenarbeit mit den freien Trägern intensiviert werden kann und ob die nicht verausgabten Mittel im Haushaltsjahr 2003 eingesetzt werden können.

Herr Brüggemann wies darauf hin, dass die Mittel der Sparkasse zweckgebunden waren und seitens der Sparkasse, da sie nicht abgerufen wurden, an andere soziale Projekte vergeben worden seien. Jedoch würden auch wieder im nächsten Jahr seitens der Sparkasse 5.000 € bereitgestellt werden.

Herr **Dunker** ergänzte, dass die Vermittlung der Jugendlichen an andere Freizeiten nicht an der Mitwirkung der freien Träger gescheitert sei, da Optionen bei den kirchlichen Trägern wie auch bei der AWO bestanden haben. Vielmehr läge es daran, dass eine Hemmschwelle der Jugendlichen bestände, da sie die Anmeldung selbstständig und frühzeitig durchführen sollten. Für das Jahr 2003 sind bei der Evangelischen Kirchengemeinde Heeren-Werve 4 Plätze verbindlich angemeldet worden. Mit der AWO würde noch verhandelt werden. Der Fachbereich werde die Plätze für einen längeren Zeitraum als im vergangenen Jahr bereitstellen lassen und eine unmittelbare Vermittlung flexibel begleiten.

- 5.5 Frau **Scharrenbach** erkundigte sich, wie sich die neue Organisation im Bereich des Jugendzentrums Kamen-Mitte ausgewirkt hätte.

Herr **Güldenhaupt** antwortete, dass die Öffnungszeiten verändert worden und zusätzlich eine Sprechstunde des ASD eingerichtet worden wäre. Leider wäre es aufgrund der personellen Situation nicht möglich gewesen, einen Streetworker in dem Gebiet einzusetzen.

Herr **Brüggemann** ergänzte, dass mit der eventuellen Einrichtung eines Fördervereins eine Absprache zwischen den gesamten Jugendheimen getroffen werde, die sich auch auf die Angebotsstrukturen auswirken könne.

Herr **Dunker** fügte hinzu, dass die Jugendzentren auch Vereinen und Verbänden zur Verfügung gestellt werden. Die Besucherstruktur des Jugendzentrums Kamen-Mitte hätte sich dahingehend geändert, dass nun die meisten Jugendlichen direkt aus dem Umfeld stammen würden.

5.6 Herr **Ritter** erkundigte sich, inwieweit die Vorbereitungen für die Elternbefragung vorangeschritten seien.

Herr **Dunker** entgegnete, dass sich die Arbeitsgruppe bisher zweimal getroffen hätte und bei der Entwicklung des Fragebogens zu einem Konsens gekommen wäre. Der Fragebogen soll in der Trägerkonferenz vorgestellt werden, so dass nach Möglichkeit eine Elternbefragung schon im ersten Halbjahr des kommenden Jahres durchgeführt werden könnte.

Anfragen wurden nicht gestellt.

B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung lagen nicht vor.

Anfragen wurden nicht gestellt.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung
entfällt

gez. Dyduch
Vorsitzende

gez. Güldenhaupt
Schriftführer